

Endgültige Beschlüsse aus der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Großkrotzenburg am 27. Oktober 2017

Weiterführung der S-Bahnlinien S8/S9 über Hanau-Großauheim nach Großkrotzenburg (Antrag der CDU-Fraktion)

Die Gemeindevertretung beschließt mit 20 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen einen Ersetzungsantrag der Fraktionen von Krotzebojer Grünen und FDP:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, gegenüber dem Rhein-Main-Verkehrsverbund, dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, der Deutschen Bahn sowie der Region Bayrischer Untermain und den zuständigen Abgeordneten das Interesse der Gemeinde Großkrotzenburg an einer Weiterführung des Frankfurter S-Bahn-Netzes nach Aschaffenburg zum Ausdruck zu bringen. Die Kommunen Kahl, Karlstein, Kleinostheim, Aschaffenburg und Hanau sollen über das Anliegen ebenfalls informiert werden. Die Ergebnisse zur Drucksache IV-2017-33 der Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain sollen den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, sobald diese vorliegen. Über das Ergebnis ist der Gemeindevertretung Bericht zu erstatten.

Teilnahme am „Netzwerk Blühende Landschaft“ (Antrag der CDU-Fraktion)

Mit 18 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen hat die Gemeindevertretung einen Änderungsantrag der Fraktionen von Krotzebojer Grünen und FDP beschlossen:

Die Gemeinde Großkrotzenburg nimmt am Netzwerk Blühende Landschaft teil. Dazu identifiziert sie geeignete Flächen im öffentlichen Raum, die durch Ausbringung entsprechender Saatgutmischungen in Blühflächen umgewandelt werden.

Anpassung der aktuellen Gebührensatzungen für die Kindertagesstätten in Großkrotzenburg (Antrag der CDU-Fraktion)

Einstimmig beschlossen hat die Gemeindevertretung den nachfolgend aufgeführten Änderungsantrag der Fraktionen von Krotzebojer Grüne und FDP:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, nach Vorlage des entsprechenden Gesetzes zu prüfen, ob und wie die Gebührenbefreiung für die Kindergartenbetreuung in Großkrotzenburg umgesetzt werden kann. Dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport, Kultur und Vereine ist über die Erkenntnisse zu berichten. Sofern bis zur Aufstellung des Haushaltes 2018 durch den Gemeindevorstand entsprechende belastbare Informationen vorliegen und eine Umsetzung in Großkrotzenburg empfehlenswert scheint, soll dies im Haushalt sowie durch einen Vorschlag für eine angepasste Gebührensatzung für die Kindertagesstätten berücksichtigt werden.

Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Gemeinde Großkrotzenburg (Antrag der CDU-Fraktion)

Die Gemeindevertretung hat einstimmig beschlossen, *der Gemeindevorstand wird beauftragt, bis zur Sitzung der Gemeindevertretung am 02. 12. 2017 eine Änderungssatzung mit den Angaben aus dem Antrag der CDU-Fraktion vorzulegen.*

Mit Mehrheit abgelehnt wurde aus dem Antrag der CDU-Fraktion – Die Gemeindevertretung spricht sich gegen eine Einrichtung von Spielhallen oder Einrichtungen in Großkrotzenburg aus, die hauptsächlich dem Automatenpiel dienen sollen.

Erarbeitung einer Gefährdungsanalyse / Risikomanagement zum Thema „Starkregen“ in Großkrotzenburg (Antrag der CDU-Fraktion)

Aufgrund des Änderungsantrages der Krotzebojer Grüne, hat die Gemeindevertretung mit 17 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung *die Verweisung des o.g. Antrages zur weiteren Beratung an den Umwelt- und Bauausschuss beschlossen.*

Abschluss eines Vertrages über die interkommunale Zusammenarbeit bei der Erfüllung von Aufgaben nach dem Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz

Mit 17 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen hat die Gemeindevertretung beschlossen, *einen Vertrag über die interkommunale Zusammenarbeit bei der Erfüllung von Aufgaben nach dem Hess. Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG) zur gemeinsamen Sicherstellung des Löschwasserbedarfs für den Grundschutz sowie des gemeinsamen Gefahrgutkonzeptes im Main-Kinzig-Kreis abzuschließen.*

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von KG und FDP:

Strandbad Spessartblick; Interessenbekundungsverfahren; Verwiesen aus der Sitzung der Gemeindevertretung am 10. Mai 2016

Die Gemeindevertretung hat mit 12 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen die nachfolgend aufgeführte Empfehlung der Ausschüsse inklusive Änderungsbeschlüsse gefasst:

Die Gemeindevertretung beschließt, der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine Vergabe des Strandbades nach den nachfolgend festgelegten Rahmenbedingungen durchzuführen. Sollte sich zeigen, dass das Verfahren nicht bis zu Beginn der Badesaison 2018 abgeschlossen ist, soll für die kommende Badesaison nochmals eine Auftragsvergabe zum Betrieb des Strandbades erfolgen.

- *Erhalt des Badebetriebs mindestens von Mitte Mai bis mindestens Mitte September in der Form eines Naturbades. Erhaltung und Betrieb als öffentliches Bad.*
- *Begrenzung von Veranstaltungen, die den Badebetrieb deutlich beeinträchtigen auf drei Veranstaltungstage pro Badesaison.*
- *Ausschluss von Bebauung (inkl. Mobilheimen o.ä.) des Geländes, die über den Betrieb des Naturbades oder die gastronomische Versorgung hinausgeht.*
- *Übernahme der Verkehrssicherungspflicht für das ganze Gelände (inkl. Parkplatz) im ganzen Jahr durch den Betreiber. Die Vergabe muss die Gemeinde vollkommen von Verpflichtungen und Dienstleistungen freistellen.*
- *Erhalt der Ferienspiele an einem geeigneten Ort im bisherigen Umfang auf dem Gelände des Strandbades.*

- *Verfolgung eines ganzheitlichen kulturellen und sportlichen Betreiberkonzeptes auch über die Badesaison hinaus muss möglich sein.*
- *Bestehende Verträge mit der Gemeinde bleiben unberührt. Die bisherige Nutzung des Sees durch die Anlieger soll durch die Vertragsgestaltung nicht beeinträchtigt werden. Weiterhin ist in einer eventuellen Ausschreibung auf bestehende Verträge und die Nutzung des Sees hinzuweisen.*
- *Vertragsdauer von 5 bis 10 Jahre mit der Option zur Verlängerung.*
- *Festlegung gesetzeskonformer Beschränkungen der Lärmemissionen.*
- *Übernahme aller Aufwendungen zur Herrichtung neuer Anlagen inkl. Rückbauverpflichtung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke (Strandbad und Parkplatz) mit Ausnahme der Unterhaltung der Gebäude an Dach und Fach, während des ganzen Jahres, also auch ggf. Winterdienst.*

Vorgelegte Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und SPD zur vorstehend genannten Thematik wurden mit Mehrheit abgelehnt.

Mitteilung aus dem Gemeindevorstand

Der Bürgermeister informierte die Gemeindevertretung aus dem Gemeindevorstand zu den Themen:

- Vorhaben der Firma Uniper, Kraftwerk Staudinger zur geplanten Stilllegung des Blockes V in den Monaten Juni bis August.
- Teilnahme bei der Regionalkonferenz mit dem Hess. Staatsminister Peter Beuth zum von der Landesregierung aufgelegten Programm „Hessenkasse“.
- Antrag der Gemeinde auf Verleihung der Zusatzbezeichnung „Gemeinde an Main und Limes“ bzw. „Limesgemeinde“ zum Gemeindevorstand aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion. Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat dem, aufgrund der angewandten strengen Verleihungskriterien nicht stattgegeben.